Dezember 1910.
Berlin.

F! W

No. 169
23. Jahrgang (46. Semester).

Monatsberichte

der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Universität Berlin

und der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Technischen Hochschule zu Berlin.

Der Inhalt der Monatsberichte ist streng vertraulich!

Neue Kneipe: SO. 16, Marinehaus, Brandenburger Ufer bei Bahnhof Jannowitz-Brücke.

An unsere Mitarbeiter!

richten wir die **wiederholte, dringende Bitte,** die für die

Monatsberichte

bestimmten **Manuskripte** nur **auf einer Seite** zu beschreiben und für Korrekturen etc. **einen recht breiten Rand** zu lassen, auch keine Abkürzungen zu gebrauchen, die nicht auch der Setzer gebrauchen soll.

Die Redaktionskommission.

Monatsbericht.

Nach der Jubiläumsantrittskneipe am 24. Oktober, auf der Herr Prof. Dr. Ludwig Stein über „Wesen und Aufgaben der Philosophie" gesprochen hatte (siehe M.B. No. 168), brachte der erste Diskussionsabend, Donnerstag, 27. Oktober, den Vortrag von A.H. Dr. Kosterlitz: „Die Vita sexualis des deutschen Studenten". Ich glaube, den Abend, infolge der langen, durchweg sachlichen Debatte, die sich an den Vortrag anschloss, zu den interessantesten zählen zu dürfen, den wir bisher in diesem Semester in der Vgg. gehabt haben.

Da am Montag, 31. Oktober, infolge Erkrankung des Vortragenden in letzter Stunde der wissenschaftliche Teil ausfallen musste, so veranstalteten wir, nachdem sich der Konvent etwas länger als gewöhnlich ausgedehnt hatte, sofort eine vergnügte Kneipe, die sich lange hinzog. Auf der für Donnerstag, 3. November, einberufenen A.O.G.V. beschloss die Vgg. nach mehrstündiger Debatte, sich auch in diesem Jahre wieder als selbständige Partei an den Wahlen zur Akademischen Lese-Halle zu beteiligen.

Am Freitag, 4. November, fand nach langen Vorarbeiten (s. M. B. 168) die „Allgemeine Akademikerversammlung" statt, die zur Reform der Disziplinargesetze für Studierende Stellung nahm (s. besonderes Referat). Zu unserer Freude bewiesen eine grosse Zahl der jüngeren A.H.A.H. durch ihre Teilnahme an der Versammlung ihr reges Interesse an den wichtigen

studentenpolitischen Fragen. Auch A.H. Dr. Alfred Apfel wollen wir an dieser Stelle nochmals herzlich dafür danken, dass er so bereitwillig das eine Hauptreferat zur Versammlung, das der Vorstand von einem F.W.V.er halten zu lassen wünschte, übernommen und so glänzend durchgeführt hat.

Den infolge seiner Krankheit eine Woche vorher ausgefallenen Vortrag über „Neue deutsche Wirtschaftsformen“ hielt Herr Dr. A. Goldschmidt (s. Referat) am Montag, 7. November. Im Einverständnis mit dem Vortragenden dieses Abends, Herrn Bruno Buchwald, wurde dessen Vortrag über „Auswüchse des Bankiergewerbes“, zu dem er noch wichtiges neues Material erwartete, auf die 2. Hälfte des W.S. verschoben.

Donnerstag, 10. November, brachte den Lichtbildervortrag von Herrn Dr. Cohn-Wiener: „Deutscher Städtebau einst und jetzt“ (s. Referat). Für den Gesellschaftsabend, Dienstag, 15. November, hatte der Vorstand ursprünglich den Kaisersaal der Ausstellungshallen am Zoo gemietet. Da nun die „Theater-Ausstellung“ auch diese Räume beanspruchte, mussten wir in letzter Stunde den Saal im Logenhaus, Joachimsthalerstrasse, nehmen, gegen den wohl unter gewöhnlichen Umständen unser Kassenwart energischen Einspruch erhoben hätte. Doch die Direktion der Ausstellungshallen, die uns gegenüber kontraktlich gebunden war, trug die pekuniäre Differenz in vollem Umfange. Der durch einen Vortrag von Herrn Schriftsteller Breuer eingeleitete Abend (s. Referat) nahm nach der Ansicht aller Anwesenden einen sehr anregenden Verlauf, um den sich mehrere Bbr.Bbr. teils durch musikalische Vorträge, teils durch wohlgelungene launige Toaste verdient machten.

Am Donnerstag, 17. November, entfesselte A.H. Heckscher durch seinen Vortrag über „Pädagogische Fragen“ eine sehr eingehende, interessante Diskussion.

Zum ersten Male seit der Antrittskneipe konnten wir am Montag, 21. November, zu unserer grossen Freude eine grössere Anzahl lieber A.H.A.H. bei uns begrüssen, die der Vortrag von A.H. Dr. Apfel über „Das moderne deutsche Judentum“ herbeigezogen hatte und die sich rege an der teilweise recht lebhaften Diskussion beteiligten.

Die Veranstaltung vom Donnerstag, 24. November, wurde in den offiziellen Besuch der O.G.V. der Mitglieder der Akademischen Lesehalle umgewandelt.

Unsere neue Kneipe im Marine-Haus hat sich bis jetzt gut bewährt und auch bei allen Besuchern Anklang gefunden. Bedauerlicherweise ist jedoch offenbar die Zusammenstellung der dahin gehenden Fahrverbindungen pag. 1 des M.B. No. 167 nicht allseitig beachtet worden und daher scheinen doch noch recht viele unserer lieben A.H.A.H. den Weg zur Kneipe nicht leicht zu finden.

Deutscher Städtebau einst und jetzt.

Lichtbildervortrag von Herrn Dr. Ernst Cohn-Wiener.

Aus zweierlei Erwägungen heraus können Stadtanlagen betrachtet werden. Früher prüfte man ihren Wert nur an der rein malerischen Art ihres Aufbaues, heute dagegen kommt man immer mehr dazu, die praktische Seite in Betracht zu ziehen, die mehr auf Regelung des Verkehrs und auf Verteilung der Einwohner, als auf schöne Bilder ihr Augenmerk richtet. Sicherlich ist auch hierauf der allermeiste Wert zu legen, denn schon die Art, wie Städte entstanden sind, zeigte es, dass sie rein praktische Grundlagen hatten: Teils waren sie Ruhestätten für die Handelskarawanen, die auf den grossen Heerstrassen verkehrten, wie die meisten Städte an der Lahn und dem Rhein, teils sind es gar Knotenpunkte, wie Köln und Magdeburg, die daher doppelt emporblühen, oder es sind Schirmburgen, die den Bürger sicherten in der kampfesfrohen Zeit des Mittelalters: so das mächtig bewehrte Quedlinburg, oder schliesslich sie verbinden alle diese Dinge, wie unser romantisches Neckarstädtchen Heidelberg.

Die Hauptsache für die alte Stadt war stets die Mauer. Sie war recht eigentlich die Vorbedingung für ein grösseres Zusammenleben von Menschen, da ohne Schutz in jener unruhigen Zeit des Faustrechts niemand irgend eine Garantie für seine Sicherheit hatte. Die klassische Burganlage, wie sie uns Tangermünde a. d. Elbe zeigt, ist vor allem mit Graben und Mauer geschützt und zerfällt in zwei Teile: die Vorburg, die weniger fest ist, und die Hauptburg, in der sich die Magazine und Ställe befinden. Den Eingang zur Stadt findet man durch Tore, zu denen man über den Graben auf der Zugbrücke gelangt. Das Tor ist der schwächste Teil der Mauer, er ist daher ganz besonders bewehrt mit mächtigen Türmen, bisweilen doppelt, wie die porta nigra in Rotenburg ob der Tauber, bisweilen mächtig aufgetürmt wie die „märkischen Türme“, die den Wehrgang, der die Mauer umzieht, dreifach übereinander tragen, wie wir das z. B. in Prenzlau finden. Der mächtigste, festeste Turm der Stadt — ausser den Tortürmen ist die ganze Mauer selbstverständlich mit Türmen flankiert — befindet sich in der Hauptburg: der Bergfried; er muss das ganze Gebiet der Stadt beherrschen. — An der Form der Türme kann man beim ersten Blick das Alter der ganzen Anlage feststellen: Die älteren Städte, wie Nürnberg, haben viereckige, die neueren Burgen zeigen durchweg runde Türme, um sich nämlich einigermassen gegen die Geschosse der Feuerwaffen zu sichern, denen der runde Turmbau naturgemäss eine viel schwächere Angriffsfläche bietet. — Türme wie Tore können, wo sie harmonisch hingehören und sich der ganzen Anlage anpassen, ein wunderbares Bild bieten. Unzusammenhängend einzeln aus dem Mauerzuge herausgenommen sind vor allem die Tore höchst seltsam und störend, fürs Auge wie auch für den Verkehr. —

Betreten wir das Innere einer Stadt, so zeigt sich auch hier beim ersten Blick der Unterschied zwischen alter und neuer Zeit. Die winkligen Gassen von Nürnberg und das mit Zirkel und Lineal angelegte Strassennetz der westlichen Vororte Berlins wird niemand miteinander in Verbindung bringen wollen. Welche Anlage nun die bessere ist? — Der nächste Weg zuförderst ist der im rechten Winkel geführte keineswegs, die gebogenen Fluchtlinien der alten Stadt dagegen sind nicht willkürlich, sondern verbinden die einzelnen grossen Verkehrszentren, so dass man sicher schneller zum Ziele kommt in der alten, wie in der neuen Stadt. Dann fällt der furchtbare Windzug in der gekrümmten Strasse weg, der durch die lange Zeile der modernen Anlage ungehindert hinblasen kann, und schliesslich — was das Auge anbetrifft —: Es erübrigt sich, darüber zu sprechen, ob die malerischen Gässchen angenehmer sind, wo der Blick in jedem Moment, mit jedem neuen Winkel einen anderen Ruhepunkt vor sich findet, oder ob man beispielsweise lieber in die unendliche Weiten der Berliner Strasse in Charlottenburg hinüberschaut. Ferner prägt sich die alte Stadt dem Gedächtnis leichter ein, die verschiedensten Bilder zeigen sich uns, die in der modernen Strasse einfach nicht existieren, eine Flucht ist wie die andere, ob man die Schlüter- oder Sybelstrasse betrachtet, bis zur einen Ecke geht's lang, dann im rechten Winkel herum und genau so weiter. In der Stadt des Mittelalters fügt sich auch Haus an Haus, aber jedes ist individuell dem Platze angepasst, auf dem es eben steht, und Punkte, wie der Andreasplatz in Hildesheim mit seinen vorgestutzten Häusern, und das wunderbare Treppenmotiv, welches die an steigender und fallender Strasse gelegenen Bauten dem Wege angleicht, wie wir es in Blankenburg a. Harz, in Bamberg und vielen andern Städten finden, wie die Fassade da an ihren vorgeschobenen Fachwerkstufen mit der Strasse gleichsam mitläuft, herauf und herab, jeder Kurve folgend, — da kann der Blick nicht ermüden, und der Weg scheint bei dem immer neuen Bilde, das zu betrachten ist, um die Hälfte gekürzt.

Diese anpassende Bauart bleibt bis in die Biedermeierzeit bestehen. Wir finden sie zuletzt noch bei der Bergstrasse in Weimar. Die erste gerade Strasse erscheint in Paris mit der rue de Rivoli, am Louvre entlang, mit teilweise wunderschönen Gebäuden, durchbrochenen Laubengängen, aber — geradeaus, ohne Ruhepunkte, ins Endlose.

Doch die Franzosen lernen es, auch gerade Strassen zu bauen; wie ein guter Regisseur werden ganz bühnenmässig Bilder aufgebaut, wie die rue de l'opera, kulissenartig, mit der Oper als Hintergrund. Doch auch Deutschland steht in keiner Weise zurück, und die Ludwigstrasse in München mit der Ludwigskirche und der Feldherrenhalle als Ziel ist eine goldechte Empirestrasse, einfach und doch geschickt. So wirkt die Ludwigskirche gerade deshalb mächtig, weil sie ohne jeden Abstand einfach in die Häuserflucht eingebaut ist.

Beim Anlegen von Plätzen ist die praktische Frage noch eine weit grössere. Die gewöhnlichste und zugleich auch unbequemste Form ist die der Sternplätze. Von allen Seiten münden Strassen darauf, von allen Seiten drängt der Verkehr darauf hin, und nirgends ist ein ruhiges Fleckchen, auf dem man ohne Lebensgefahr zur andern Seite gelangen kann. Man sucht sich mit sogenannten Inseln zu helfen, aber man kommt da auch nicht viel weiter.

Alle Plätze der deutschen Vergangenheit sind hier Muster ersten Ranges. Das kommt vor allem wohl daher, dass diese nicht nur als Knotenpunkte angelegt wurden, sondern zu einem bestimmten Zweck: als Marktplatz. Darum durfte kein allzugrosser Verkehr hier entstehen, und daher mussten die Strassen, welche hier kreuzen sollten, längs den verschiedenen Häuserfluchten entlang gehen, nicht aber mitten hinüberlaufen; so blieb das Treiben des grossen Platzes immer auf seine äusseren Ränder beschränkt, und auf diese Weise konnte die Ruhe erst einmal praktisch zu Märkten ausgenützt werden, dann konnte man sie aber auch weit mehr zu künstlerischen Wirkungen verwenden, und die Marktbrunnen der älteren Städte zeigen es, wie man sehr wohl belebte Punkte schmücken kann, ohne den Verkehr zu hemmen. —

Als Schmuck der Plätze sollen auch die öffentlichen Gebäude wirken, die hier naturgemäss hingestellt wurden. Schön sind diese da, wo man sie architektonisch natürlich aufgebaut hat. Die phantastischen Ungeheuerlichkeiten, wie wir sie auf Bildern der Romantiker finden: Rathaus und Kirche mit Wehrgang und Zinnen, das ist weder schön noch überhaupt architektonisch. Alle Schönheit muss durch Einfachheit und Erhabenheit wirken, das ist der ideale Zustand, dem wir zustreben wollen, der schlichten Grösse der klassischen Kultur der Hellenen! Max Fried. Gebhard F.W.V.

Dr. Max Goldschmidt: Neue deutsche Wirtschaftsformen.

Deutschland hat sich in der letzten Zeit wirtschaftlich enorm entwickelt. Diese ungeheure weltwirtschaftliche Entwicklung war Ursache der englischen Angstpolitik, ja sie brachte sogar in Amerika eine Furcht vor der deutschen Konkurrenz hervor. Die grossen technischen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte hatten auch ihre wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Industriellen vereinigten sich zu Verbänden, die unter den Namen der Kartelle, Syndikate und Konventionen bekannt sind. Vor 10—15 Jahren besassen die Kartelle eine solche Macht, dass die sozialistischen Parteien sich genötigt sahen, sie zum Mittelpunkt ihrer Angriffe zu machen. Jedoch hielten, ähnlich wie in Amerika, wo wir diese Entwicklung schon früher beobachten konnten, die Kartelle auch in Deutschland nicht das, was man sich von ihnen versprochen hatte. Besonders klar wird diese Erscheinung, wenn wir die deutsche

Kali-, Kohlen-, Eisen- und Stahl-Industrie betrachten. Innere Zerrissenheit, Bildung einzelner Komplexe innerhalb der grossen Syndikate, unvereinbare Unstimmigkeiten sind hier immer wiederkehrende Erscheinungen. In der Kohlen-Industrie z. B. läuft 1915 das grosse Rheinisch-Westfälische Syndikat ab, aber es ist schon jetzt sehr zweifelhaft, ob es dann noch wieder zusammen kommen wird. Der Grund ist die Bildung des Trusts, der sog. „Hüttenzechen“, die die ganze Verarbeitung in einem Zuge vornehmen, und entschieden eine gesundere Form volkswirtschaftlicher Entwicklung darstellen. Ebenso liegen die Verhältnisse in der Eisen- und Stahl-Industrie. Auch hier erringen allmählich die Trusts die Oberhand, wobei ihnen auch der grosse Sturz der Preise zu Hilfe kommt. Dieser Preissturz erklärt sich daraus, dass bei dem grossen technischen Fortschritt der letzten Jahre alle Anlagen etwas grösser hergestellt wurden, als es notwendig gewesen wäre. Der Konsum hielt nicht Schritt, und so arbeiten die grossen Eisenwerke nur ungefähr mit 80% ihrer Kapazität. Noch schlimmer geht es in der Kali-Industrie zu.

Es kann mit ziemlicher Gewissheit vorausgesagt werden, dass innerhalb 10—20 Jahren die gesamte deutsche Gross-Schwer-Industrie vertrustet sein wird. Es ist z. B. sehr wahrscheinlich, dass im Gebiete der elektrischen Industrie die A.E.G., Siemens & Halske und Felten-Guilleaume zusammengeschlossen sein werden. Die Trusts entwickelten und entwickeln sich nun in folgender Weise:

In natürlicher Folge der Mängel der Kartelle haben sich nun innerhalb der Syndikate Trusts gebildet, d. h. fest gebaute Vereinigungen mehrerer, ehemals nur durch das Syndikat zusammengehaltener Fabriken. Deutlich ist dieser Vorgang z. B. an dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat zu beobachten, innerhalb dessen sich mit der Zeit 3 Trusts, Gelsenkirchen, Phönix und Deutsch-Luxemburg, herausgebildet haben. Der eben geschilderte Vorgang ergreift allmählich die ganze deutsche Industrie, so dass voraussichtlich die Syndikate, wenn sie nach ein paar Jahren abgelaufen sind, nicht mehr erneuert werden. Der Vorteil, den die Trusts gegenüber den Syndikaten auf dem Hauptfelde ihrer Tätigkeit, dem der Produktions-Regelung, bringen, ist ja auch nicht zu verkennen, und besonders deutlich konnte man dies bei uns in der letzten Zeit beobachten. Als infolge falscher Spekulation eine grosse Ueberproduktion eingetreten war, sahen sich die Syndikate genötigt, zum Ausgleich bei ihren einzelnen Werken eine bedeutende Produktions-Minderung vorzunehmen. Dadurch werden aber alle einzelnen Betriebe und mittelbar die grosse Zahl ihrer Kredit-Gläubiger auf das empfindlichste geschädigt. Anders bei den Trusts. Erstens einmal liegt in dieser neuen Wirtschaftsform, wie leicht zu ersehen, technisch und verwaltungstechnisch ein bedeutender Fortschritt. Vor allem aber sind die Trusts in der Lage, durch zeitweilige oder vollständige Schliessung der weniger vorteilhaft arbeitenden Werke den oben geschilderten Konjunktur-Schwankungen gegenüberzutreten, ohne dass die Allgemeinheit dadurch eine grössere Schädigung erfährt.

Hierzu kommt noch folgendes. Die grossen Werke wenden sich fortwährend um Kredit an die Grossbanken, und diese wieder bilden, um Beschäftigung und Verdienst zu haben, das treibende Moment in der jetzigen Vertrustungs-Periode der Industrie. Die Grossbanken bilden sich allmählich zu Verwaltungs-Trusts der Effekten dieser Industrie-Trusts heraus. Dabei entsteht nun das Problem der Kredit-Gewährung an die Industrie, das erst jüngst wieder bei einem grossen Bank-Zusammenbruch in die nächste Nähe gerückt worden ist, es erhebt sich die Frage, ob nicht die Kredit-Gewährung zu gross ist, ob die Grossbanken auch einmal eine grosse Krisis werden aushalten können, oder ob vielleicht schon jener gewaltige Zusammenbruch herannaht, den der Sozialismus mit seiner biologischen Auffassung der Wirtschafts-Entwicklung erwartet.

Albert Polke F.W.V.
Karl Kohner F.W.V.

Die deutsche Abteilung auf der Brüsseler Weltausstellung.

Lichtbildervortrag des Herrn Schriftsteller Robert Breuer.

Jedes Land, das eine Weltausstellung beschickt, ist sich darüber klar, dass es einen Kampf bestehen muss. Es muss zeigen, dass es auf der Höhe der Zeit steht und dass es gewusst hat, auf den verschiedensten Gebieten mit den anderen Schritt zu halten. Dazu kommt, dass die meisten Aussteller dabei der Gedanke bewegt, durch die Ausstellung ihrer Erzeugnisse den Weltmarkt zu erobern.

In drei grosse Gruppen könne man nun, wie der Vortragende ausführt, die eine Ausstellung beschickenden Länder teilen.

I. Die erste Gruppe leitet der Wunsch, Geschäfte zu machen, und zwar sofort. Man will verdienen! Das ist z. B. der in Brüssel hervorstechende Zug einiger Aussteller der Balkanländer gewesen, die deshalb auch keinen nachhaltigen Erfolg erstrebten, sondern nur von heute auf morgen dachten. So finden wir dort eine ganze Anzahl von Kuriositäten und Fälschungen, die mit bewundernswerter Schnelligkeit und Schlauheit an den Mann gebracht werden. Die an sich gewiss erfreuliche Wirkung ist wohl ein Erfolg für den Mann, aber nicht für das ausstellende Volk.

II. Die zweite Gruppe sei an ihrem Hauptvertreter charakterisiert. Frankreich, das dieser Gruppe in erster Reihe angehört, wird von dem Gedanken beseelt: Wir müssen schon deswegen reüssieren, weil wir den Erfolg seit vielen Jahren in unserer Tasche haben. Der so siegesgewiss erwartete nationalökonomische Vorteil blieb jedoch in diesem Jahre für Frankreich aus, da man nicht daran gedacht hatte, dass Deutschland eine Konkurrenz auch nur wagen, geschweige denn mit Erfolg bestehen würde.

III. Den dritten nach Ansicht des Vortragenden richtigen Standpunkt hatte das sichere Auge der Deutschen Ausstellungsleiter als nutzbringend für die deutschen Aussteller erkannt: „Deutschland kam mit einer Idee auf die Ausstellung“. Diese Idee bestand nun darin, nicht eine Riesensammlung von Industrieerzeugnissen auszustellen, sondern nur durch wenige auserlesenste Stücke der vorgeschrittensten Industriezweige ein Bild des Gesamtstandes unserer Industrie zu vermitteln.

Die Unersetzlichkeit dieser Einzelstücke verlangte auch gesonderte Placierung der Abteilung. Wie klug dieses Verlangen der deutschen Ausstellungsleitung gewesen war, zeigte sich bei dem Brande der Ausstellung. Hierbei konnte man aber auch auf die verschiedenen Ausstellungsprinzipien Rückschlüsse tun. Denn, während England und Frankreich fast alles in kurzer Zeit wieder ersetzen konnten, was verloren gegangen war, wäre dies für Deutschland ganz unmöglich gewesen.

Welches war aber nun der Grund, dass Deutschland einen so gewaltigen Erfolg auf der Brüsseler Weltausstellung zu verzeichnen hatte? Vor allem die straffe Organisation und die Präzision, mit der alles zum Eröffnungstermin fertiggestellt war. Man fand in der deutschen Abteilung wohl manches, was nicht gefiel, jedoch bewunderten alle Besucher den Riesenfortschritt deutscher Schaffenskraft ebenso wie die Konzentrationswucht, mit der die Deutschen ihren grossen Konkurrenten England und Frankreich zu Leibe gingen.

Der Redner schilderte sodann die äussere und innere Anlage der Ausstellung.

Die belgische Haupthalle wirkte aus der Ferne durch ihre gewaltigen Masse, jedoch verschwand diese Wirkung in der Nähe, wenn man sah, dass mit alten Mitteln gebaut worden war. „Der Instinkt zum Neuschaffen war verloren gegangen.“ Dasselbe fand man bei den französischen Hallen. Auch diese boten nichts Neues. Ganz überrascht aber wurde man dagegen durch die Lage wie durch die Placierung der einzelnen Industrien bei der deutschen Abteilung. Sie lag getrennt von allen anderen Ländern hinter der französischen Abteilung und bildete für sich eine einheitliche und vollkommen neue Form von Ausstellung. Mit dem Ingenieur hatte der Architekt Hand in Hand gearbeitet und hatte etwas Ueberraschendes und Erfolg Erzwingendes geschaffen.

Im Inneren machte die belgische und französische Abteilung den Eindruck eines Basars. Es herrschte vollkommener Wirrwarr, man fand keine bestimmten Wege, die zu den interessanten Gegenständen lockten. Bei der englischen Abteilung jedoch, die keine prunkvolle Aussenfassade zeigte, kam man aus dem Wirrwarr in kühlste Ruhe. Die englische Abteilung war nach Provinzen geordnet. Man wusste, wohin man sich wenden sollte, und verlor nichts von der Grossartigkeit dieser Ausstellung. Man empfand, dass diese Abteilung in allen Teilen gut war, dass hier nur der Kaufmann gesprochen hatte.

Bei Deutschland dagegen fühlte man unwillkürlich den Willen, etwas Gutes zu leisten. Jedenfalls aber flösste das Organisationstalent und der eiserne Wille der deutschen Kaufleute allen Besuchern einen gewaltigen, unauslöschlichen Respekt ein.

Eine Reihe von trefflichen Lichtbildern erläuterten die Worte des Herrn Vortragenden und machten uns mit einzelnen Gebäuden der Ausstellung bekannt.

Am Schluss sprach sich der Herr Vortragende dahin aus, dass Deutschland zwar noch viele Hemmungen zu überwinden habe, jedoch auf dem Wege sei, sich eine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt zu erobern.

Paul Friedeberger, F.W.V.

Unsere Versammlung über das studentische Disziplinarrecht.

Die allgemeine Akademiker - Versammlung am 4. November 1910 in den Sophiensälen zwecks Reform der Disziplinarvorschriften, zu welcher die Freie Studentenschaft die Nichtinkorporierten, die F.W.V. die Berliner Korporationen eingeladen hatte, und die von fast 1000 jüngeren und älteren Akademikern, darunter von vielen Korporationen, besucht war, nahm folgenden Verlauf:

Kurz vor 9 Uhr begrüsste der Vorsitzende der Freien Studentenschaft, der die Versammlung zusammen mit Bbr. H. Meyer und A. H. Heine als Vertreter der F.W.V. leitete, alle erschienenen Gäste und die Parlamentarier, von denen die Landtagsabgeordneten Graf Clairon d'Haussonville (konserv.), Freiherr von Zedlitz und Neukirch (freikons.) und unser E.M. Geheimrat v. Liszt (fortschrittl. Volkspart.) erschienen waren, — Landgerichtsrat von dem Hagen (Zentr.) hatte in letzter Stunde abgesagt —. Nach kurzer Begrüssungsansprache erhielt Dr. Paul Szymank (Posen), ein langjähriger Vorkämpfer studentischer Reformen, als Referent des Abends das Wort.

Er ging in seinem Referat von einer historischen Betrachtung und Entwicklung der Disziplinarvorschriften aus. Der Student hätte zu Goethes und Schillers Zeiten wenig Freiheit gehabt und sei wie ein Schüler behandelt werden. Derartige Ansichten hätten das Prügeledikt von 1798 geschaffen. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hätten sich alle damals bestehenden Vorschriften zwar längst überlebt, aber dennoch bis 1879 fortgedauert. Erst in diesem Jahre habe der Student eine Mittelstellung zwischen Schüler und erwachsenem Bürger erhalten, und diese Stellung sei noch heute nicht viel anders. Aber die Zeiten seien jetzt ganz andere geworden; der Student, der damals durchschnittlich 17—18 Jahre alt gewesen wäre, habe heute ein Durchschnittsalter von 22—23 Jahren, ein Alter, in dem andere Staatsbürger schon volle Rechte haben. Eine Disziplinar-Ordnung sei gerechtfertigt und müsse bestehen, aber sie müsse dem Zeitgeiste und vor allem dem Geist der heutigen Studentenschaft entsprechen. Besonders müssten diejenigen Vorschriften zuerst fallen, die sich auf das Privatleben des Studierenden beziehen. Ferner sei ein grosser Fehler in den heute bestehenden

Disziplinar-Vorschriften, dass für den Studenten kein geordneter Rechtsweg — etwa zu seiner Verteidigung — bestehe. Ja an den meisten Universitäten habe er nicht einmal das Recht, verhört zu werden, geschweige denn, dass er einen Verteidiger stellen dürfe. Es sei ausserdem besonders notwendig, dass Strafen nicht von einem Mitgliede des Lehrkörpers oder vom Rektor oder Richter allein, sondern von einem Kollegium festgesetzt werden. Auch sei die Karzerstrafe, die schon an einigen Universitäten (Strassburg, Giessen) abgeschafft sei, entweder überall beizubehalten oder aber besser überall zu beseitigen. Bei höheren Strafen, wie z. B. Relegation, müsse entweder das zuständige Ministerium oder ein besonderes Disziplinargericht entscheiden. Der Referent wendet sich nun von dem Recht des Einzelnen zum Recht der Gemeinschaften, der Korporationen und der Studentenschaft als solcher überhaupt. Rechtlich kennen die Vorschriften überhaupt keine Studentenschaft, sondern nur Einzelwesen, und ein richtiger Studentenausschuss existiere bis jetzt nur an der Heidelberger Universität, ein solcher sei aber auch für die andern Universitäten zu erstreben. Unbedingt erforderlich sei es, dass das studentische Vereins- und Versammlungsrecht im modernen und freiheitlichen Sinne ausgebaut werde. Verwerflich sei jede Bevormundung der Studentenschaft in Vereinsangelegenheiten ebenso die Forderung, dass die Gründung einer studentischen Vereinigung erst von der Behörde genehmigt werden müsse. Es sei nötig, dass in den Disziplinarvorschriften eine Verfassung für die gesamte Studentenschaft in Form einer nach parlamentarischen Grundsätzen zusammengesetzten Studentenkammer vorgesehen werde.

Der Referent fasst endlich seine Ausführungen kurz dahin zusammen: Völlige Abschaffung der Disziplinargesetzgebung verlangt das Wesen einer modernen Hochschule nicht, es ist aber gutes Recht der Studentenschaft, sich mit Reformen die bestehenden Gesetze zu beschäftigen, sie kann fordern, dass das Studentenrecht organisch so gestaltet wird, dass es dem modernen Geiste und den heutigen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Sodann erhielt unser A.H. Dr. Alfred Apfel das Wort als Korreferent. Es stimmt in den wesentlichen Punkten durchaus mit dem Referenten überein, er übt aber über dessen Ausführungen hinaus scharfe Kritik an den augenblicklichen akademischen Zuständen, besonders auch an der Behandlung, die der Studentenschaft von der akademischen Behörde zuteil werde. Bei dem Universitätsjubiläum sei gerade das Wort „akademische Freiheit“ sehr häufig in den Mund genommen worden, der Begriff der akademischen Freiheit sei bei dieser Gelegenheit gleichsam mit einer bengalischen Röte übergossen worden, er habe aber den Eindruck, als ob diese Röte eher die Abendröte der allmählich entschlummernden als die Morgenröte einer neu aufleuchtenden akademischen Freiheit sei. Die „akademische Freiheit“ beziehe sich nur auf Aeusserlichkeiten, während unsere Kämpfe doch vor allem geistiger Natur seien. Es scheine so, als ob nicht der Rektor selbst, sondern andere im Hintergrund stehende Persönlichkeiten es wären, die Schuld an einer so rücksichtslosen Behandlung der Studentenschaft trügen, wie beispielsweise bei der Jubiläumsfeier, wo während des Festaktes nur ganz wenige Vertreter der Studentenschaft zugelassen wurden, die gleichsam als Wanddekoration eine geradezu lächerliche Stellung eingenommen hätten.

Redner ist überzeugt, dass die Verantwortung für so etwas eher den Universitätsrichter als den Rektor trifft. In Anlehnung an den bekannten mohammedanischen Spruch habe mal ein Spassvogel gesagt: „Daude il Daude und der Rektor ist sein Prophet!“ Das würde auch wohl hier zutreffen. Nicht zu vereinen mit dem Geiste akademischer Freiheit sei auch die Einmischung der Ministerien in die Fakultätsangelegenheiten, die das Vorschlagsrecht der Fakultäten bei Neubesetzungen der Lehrstühle einfach ignorieren. Es sei keineswegs ein akademisch freiheitlicher Zustand, dass beispielsweise ein Mann wie Prof. Ehrlich nicht den Lehrstuhl als ordentlicher Professor erlangen könne nur um seines Glaubens willen. — In der Frage der akademischen Freiheit handele es sich nicht nur um studentische Angelegenheiten, sondern um ein wertvolles Stück deutschen Kulturlebens. Jubelnder Beifall bezeugte unserm A.H. Dr. Apfel, dass er das Ohr der Versammlung gewonnen hatte.

Es wurde hierauf eine lang sich hinziehende Diskussion eröffnet, in der zunächst die anwesenden Parlamentarier zu Worte kamen. Als erster:

Abg. Freiherr v. Zedlitz-Neukirch: Er erzählt von seiner Studentenzeit unter patriarchalischem Regime und gibt zu, dass die Studentenschaft heute ein gutes Recht auf Reform der Disziplinargesetze habe. Auch sei das Vereins- und Versammlungsrecht einheitlich zu ordnen. Im allgemeinen sprach er sich nicht für politische Betätigung der Studentenschaft aus, es genüge, einige Richtlinien zu skizzieren; er verlangt da hauptsächlich, dass Rechtsmittel und Verfahren nach dem allgemeinen Rechtsbewusstsein des Volkes aufgestellt sein müssen.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville stimmt den Ausführungen der Vorredner zu, die heutige Disziplinargesetzgebung lasse sich nicht mehr halten, der Student müsse eine Verteidigung haben, wo es sich um ernste Dinge wie Relegation handele. Auch sei das Vereins- und Versammlungsgesetz reformbedürftig. Abschaffen könne man die Disziplinarvorschriften nicht, aber reformiert müssen sie werden.

Auch unser E.M. Geh. Rat v. Liszt schliesst sich in der Hauptsache den Referenten an, er ermahnt die deutsche Studentenschaft zu drei Dingen. Sie möge sich durch Einigkeit, die zwischen allen Hochschulen gewahrt werde, mehr und mehr Geltung verschaffen, sie solle nicht stürmisch, sondern ruhig und vorsichtig vorgehen, damit ihr das Wohlwollen im Landtag erhalten bleibe, III. sie solle dafür sorgen, dass die Bewegung nicht einschläft, und gemässigt um das Ziel: Gleichstellung der Studentenschaft weiterkämpfen, das sich diese schon

längst durch den in ihr herrschenden Geist verdient habe. — Alle Redner lohnte reicher Beifall.

Sodann legte der Vorsitzende der Versammlung die folgende Resolution vor, die im Einverständnis mit andern Hochschulen abgefasst sei und die er einstimmig anzunehmen bittet:

„Die am 4. November 1910 in Berlin (Sophiensäle) gleichzeitig mit den Kommilitonen in Bonn, Braunschweig, Breslau, Danzig, Darmstadt, Eisenach, Göttingen, Greifswald, Halle, Heidelberg, Kiel, Königsberg, Marburg, München, Stuttgart versammelten Studenten und Akademiker sind der Ansicht, dass die Disziplinarvorschriften für Studierende einer grundlegenden Reform bedürfen. Sie sprechen die Hoffnung aus, dass die preussische Regierung der einmütigen Stimme aller Parteien, die in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 13. Juni zum Ausdruck kam, in vollem Umfange Rechnung tragen wird. Sie erwarten, dass insbesondere die Bestimmungen über das studentische Vereins- und Versammlungsrecht eine Neugestaltung nach Massgabe der allgemeinen Reichsgesetzgebung erfahren werden. Die Versammlung wünscht endlich eine im Geiste einheitliche Regelung des Studentenrechts in allen deutschen Staaten."

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass diese Resolution mit Hintansetzung aller radikaler Ansichten und im Vertrauen auf das Wohlwollen des Parlaments abgefasst sei und bittet Einzelinteressen zurückzusetzen.

Nunmehr erhält Herr Becker (A.H. des V.D.St. und Redakteur d. Deutschen Tageszeitung) das Wort. Auch er ist für Reform der Disziplinargesetze, das Verfahren sei zwar falsch, Rektor und Richter müssen aber eine gewisse Strafgewalt haben, dadurch würden die Rechte des Studenten nicht gefährdet, natürlich müsse bei schweren Strafen ein geordneter Rechtsweg eingeführt werden. Redner ist nicht für Abschaffung des Karzers. Auch müsse für den Studenten ein gewisses Sonderrecht bestehen bleiben. Die Grenzen der Zucht und Ordnung müssen in Deutschland gewahrt werden, und es wird eine Einigung durch den gesunden Geist der Studentenschaft möglich sein. (Der Redner wird oft durch Missfallensäusserungen unterbrochen.)

Der Vorsitzende verliest mehrere Telegramme aus Stuttgart, Leipzig, Darmstadt, Kiel, wo die Resolution angenommen wurde.

Ein Vertreter der Fr. Landsmannschaft Badenia, der nun das Wort erhält, schliesst sich namens seiner Korporation der Resolution an, er fordert unter anderm einen Verteidiger bei Strafverfahren, schriftliche Ausfertigung des Urteils, Möglichkeit eines Einspruchs. Als er auf die Notwendigkeit der Schlägermensur etc. näher eingeht, wird er zur Sache gerufen.

Dr. Posener führt aus, dass sich die von altersher stammenden Disziplinarvorschriften längst überlebt haben, dass aber vernünftige, sich auf die Studenten als Körperschaft beziehende Gesetze da sein müssen. Hauptsächlich schliesst er sich der Resolution an, fügt nur noch hinzu, dass vor dem Strafgericht zwar der Student als Vollbürger angesehen werde, also er auch in bezug auf Vereins- und Versammlungsrecht ebenso gestellt werden müsse als jeder gewöhnliche Arbeiter. Auch er ist überzeugt, dass die Regierung sich der Reform annehmen wird, wenn die Studentenschaft mit Mass vorgeht.

Der Verband wissenschaftlicher Vereinigungen stimmt durch einen Vertreter für die Resolution, ebenso die Verbindung im K.C. Sprevia.

Die Fr. Landsmannschaft Badenia stellt einen Antrag, es solle eine Kommission gewählt werden, die sich mit der Durchführung der Resolution beschäftigt.

Der Vertreter des V.D.St. ist nicht dafür. Die Karzerstrafe solle erhalten bleiben, sonst ist er auch für Annahme der Resolution.

Herr Dr. Guttmann bittet um allgemeine Annahme der Resolution, ebenso spricht sich stud. Hanke (Freistudent) aus.

A.H. Apfel erhält das Schlusswort, da Dr. Szymank schon abgereist ist, er spricht seine Freude über die Einmütigkeit der Versammlung aus, lobt die Sachlichkeit derselben und bittet, die Anträge zurückzuziehen und bei Annahme der Resolution dieselbe Einigkeit zu zeigen, die auch in Zukunft in der deutschen Studentenschaft in allen Dingen herrschen möge. Der Antrag der Badenia wird abgelehnt, die Resolution einstimmig angenommen. Ausserdem wird folgender Antrag angenommen, der von der Fr. St. gestellt worden ist und die Versammlung geschlossen.

„Die Versammlung beauftragt das Bureau, an sämtliche heute nicht vertretenen Korporationen der Berliner Hochschulen die Aufforderung zu richten, ihre Zustimmung zu der heute angenommenen Resolution auszudrücken und diese Resolution dann als gemeinsame Petition der Berliner Studentenschaft dem Preussischen Landtage einzureichen."

Willy Croner F.W.V. (X,X) XX.

Anm. Wir legen, um unsere Leser über den Entwicklungsgang und die Bedeutung der in obiger Akademikerversammlung erörterten Frage möglichst eingehend zu unterrichten, die Broschüre „Die Rechtsstellung des Studenten von Dr. Guthmann" als Extrabeigabe bei. Weitere Exemplare sind zum Preise von 10 Pfg. bei Bbr. Schneider, No. 55, Raabestr. 14, erhältlich.

Die Redaktionskommission.

Ausführungen zu dem Antrag auf Schaffung eines Studenten-Ausschusses.

Auf dem Wahlaufruf der F.W.V. zu den vorjährigen Lesehallenwahlen war als eine der Hauptaufgaben der Lesehalle die Erstrebung eines allgemeinen Stutenten-Ausschusses vorgesehen. Um auch diesen Punkt unseres Programms zur Ausführung zu bringen, wurde von der F.W.V. Berlin die unterzeichnete Kommission gewählt, die durch unseren Lesehallenver-

treter dem Direktorium der A.L.H. folgendes Exposé zugehen liess.

„Die Entwicklung der letzten Zeit hat ergeben, dass sich alle Berufsstände, überhaupt alle Kreise, die sich als besondere Interessengruppen empfinden, zur Förderung und Vertretung dieser Interessen organisiert haben. Die Studentenschaft der Berliner Universität hat heute keine solche Organisation. Und doch ist auch sie eine ständige Gruppe, deren ganz bestimmte Sonderinteressen nur von einer Zentralstelle aus in fördernder Weise bearbeitet werden können.

Dass tatsächlich von den Studierenden das Bedürfnis nach Organisierung lebhaft empfunden wird, beweist die Bildung von Studenten-Ausschüssen an fast allen deutschen Universitäten und Hochschulen. Auch an der Berliner Universität hat jahrzehntelang ein solcher Ausschuss bestanden. Wir leugnen durchaus nicht, dass dieser nach unserer heutigen Auffassung keine grossen und bedeutenden Aufgaben gelöst hat. Der Grund dafür lässt sich jetzt kaum noch einwandfrei feststellen. Damals lagen wohl die Interessen der Studentenschaft in erster Linie auf dem Gebiet äusserer Repräsentation. Aber es ist sehr wohl möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass dieser Ausschuss, entsprechend den veränderten Anschauungen der akademischen Jugend, sich zu dem entwickelt hätte, was wir uns heute unter einem Studenten-Ausschuss vorstellen. Darum ist es bedauerlich, dass infolge der bekannten Vorfälle, die wenig oder gar nichts mit dem Wesen und Wirken eines Ausschusses zu tun hatten, die ganze Institution scheiterte.

Die Berliner Studentenschaft braucht heute einen Ausschuss nötiger denn je. Denn durch eine solche ständige Organisation können viele Reibereien zwischen grossen Gruppen und manches Misstrauen und manche Spannung zwischen weiten Kreisen der Studentenschaft und den akademischen Behörden von vornherein vermieden werden. Wir erinnern hier an unliebsame Vorfälle bei der Vorbereitung der Jubiläumsfestlichkeit. Der Ausschuss soll das Organ sein, durch das die Studentenschaft ihre Wünsche den Universitätsbehörden äussert. Und dieser Wünsche gibt es viele; solche, die sich auf eine Umgestaltung der rechtlichen Stellung der Studierenden in der Civitas Academica, und solche, die sich auf den wissenschaftlichen Betrieb unserer Hochschulen beziehen. Schon die Tatsache, dass es der Studentenschaft heute unmöglich ist, ihre Wünsche an zuständiger Stelle zu Gehör zu bringen, ist ein wesentlicher Grund der Unzufriedenheit und des Misstrauens weiter Kreise der Akademiker gegen manche Schritte der Universitätsbehörden. Ein Ausschuss wird imstande sein, hier zu vermitteln.

Auch dem Frieden innerhalb der Studentenschaft wird der Ausschuss dienen. In ihm und in seinen einzelnen Arbeitskommissionen werden sich die verschiedenen Gruppen zu gemeinsamer, positiver Arbeit zusammenfinden, werden einander verstehen und achten lernen. Denn positive, sachliche Arbeit führt immer zur Betonung des Gemeinsamen, während rein repräsentative und äusserliche Interessen nur zu leicht zum Unterstreichen des Trennenden verleiten. Der Ausschuss soll auch das Forum für etwaige Streitigkeiten zwischen den einzelnen studentischen Gruppen werden. Seine Unparteilichkeit muss natürlich durch seine Zusammensetzung garantiert sein. Seinem Spruch wird er durch die ihm satzungsgemäss einzuräumende Disziplinargewalt (Streichung eines Sitzes, Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts für ein oder mehrere Semester usw.) Geltung verschaffen können. Es ist unmöglich, hier alle Aufgaben im einzelnen aufzuzählen, die der Bearbeitung durch einen Ausschuss harren. Täglich können neue entstehen. Wir beschränken uns daher darauf, ausser den schon genannten hier noch einige der wichtigsten zu erwähnen: der Ausschuss soll ein Ehrenschiedsamt für Streitigkeiten unter Studierenden einrichten. Er soll Auskunftsstellen schaffen, die den Studierenden in wissenschaftlichen und praktischen Fragen beraten. Er soll ein Arbeitsamt errichten, das standesgemässen Erwerb vermittelt. Er wird ferner eine Studentenkommission einsetzen, welche auf den wissenschaftlichen Betrieb bezügliche Anregungen aus der Studentenschaft zu prüfen und evtl. an die Universitätsbehörden weiterzugeben hat. Auch bei Gelegenheit neuer Stiftungen wird der Ausschuss eine Verwendung anregen können, die der geistigen Initiative und den wissenschaftlichen Interessen auch der Studentenschaft zugute kommt. So bestehen im Gegensatz zu vielen Hochschulen des Auslandes bei uns für Studierende viel zu wenig Stiftungen und Preisarbeiten, und diese wenigen setzen noch häufig Arbeiten von einem Umfang voraus, der der Gesamtheit aus praktischen Gründen überhaupt jede Bewerbung unmöglich macht. Hier könnte ein Ausschuss durch seine Anregung viel zur Hebung des geistigen Lebens in der Studentenschaft beitragen. Auch der Körperkultur hätte er durch Einrichtung von Sportplätzen, sportlichen Festen und Konkurrenzen zu dienen und so das Interesse und die Liebe für Leibesübungen bei der akademischen Jugend wachzuhalten. Selbstverständlich hätte er auch die Studentenschaft bei repräsentativen Anlässen zu vertreten.

Ein Ausschuss, wie wir ihn in Anregung bringen, muss, da er allgemein studentischen Interessen zu dienen hat, auch auf der breiten Basis allgemeiner Wahlen zustandekommen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass durch die grosse Zahl der Studierenden eine persönliche Kenntnis der Kandidaten sehr erschwert wird. Ferner muss beachtet werden, dass in Korporationen und Vereinen zusammengeschlossene Studierende ein lebhafteres Interesse und ein stärkeres Gefühl der Zusammengehörigkeit mit ihrer Hochschule zu besitzen pflegen; dass ferner diese Organisationen gegenüber dem Wechsel der Studierenden einen gewissen dauernden Geist repräsentieren und traditionell in allen Ausschüssen vertreten waren. Wir schlagen daher vor, den Korporationen und sonstigen Organi-

sationen, wie z. B. der Freien Studentenschaft, den Verbänden studierender Frauen usw. nach bestimmten Bedingungen Grundstimmen zu gewähren, die übrigen Vertreter aber durch allgemeine Wahlen der organisierten und nichtorganisierten Studenten aufzubringen.

Für die Kostendeckung des neuen Ausschusses ist gesorgt. Abgesehen von den Einnahmen der einzelnen Aemter und evtl. der Lesehalle, die voraussichtlich dem Ausschuss in irgend einer Form anzugliedern wäre, stehen die reichen Mittel des Studentenfonds zur Verfügung. Dadurch dürften alle Ausgaben des Ausschusses mehr als reichlich gedeckt sein.

Noch einem möglichen Einwand möchten wir begegnen: Vorkommnisse, wie sie den Anstoss zur Auflösung des alten Ausschusses boten, werden sich nicht mehr ereignen. Viele Gegensätze haben sich in der langen Zeit gemildert; vor allem aber würden geeignete Statuten eine Wiederholung der bedauerlichen Ereignisse ausschliessen. So könnte z. B. für Streitigkeiten innerhalb des Ausschusses das Ehrenschiedsamt obligatorisch gemacht werden.

Der Ausschuss ist für die Berliner Studentenschaft ein Bedürfnis. Er wird von fast allen Studierenden lebhaft ersehnt.

Seiner Schaffung würden materielle Schwierigkeiten nicht im Wege stehen. Es fehlt nur die Mitwirkung der Behörden. Wir hoffen, dass dieses Semester, das Jubiläumssemester unserer Alma mater, die langgehegten Hoffnungen der Studentenschaft auf eine Vertretung in Erfüllung gehen lässt und die unserer Hochschule unwürdige Zersplitterung der Studentenschaft beseitigt."

Die Kommission
zur Vorbereitung der Ausschuss-Vorlage.

Nochmals das Buch von Schulze-Ssymank.

A.H. Jaffé hat in der Rezension des Werkes von Schulze-Ssymank: Das deutsche Studententum etc." einen speziellen Punkt m. E. nicht zutreffend dargestellt. Es handelt sich um die Behauptung des Herrn Ssymank, 1887 sei auf Seite der F.W.V. Stimmenkauf durch Bezahlung von Lesehallenkarten vorgekommen. Dies sei durch eine Postkarte, die in die Offentlichkeit kam, nachgewiesen worden. A.H. Jaffé verteidigt da die F.W.V., ohne dass sie es brauchte. — In Wahrheit haben wir gar nichts zu beschönigen oder zu berichtigen. Wie 1887 nachgewiesen wurde, stammte jene Postkarte überhaupt nicht von einem F.W.V.er, sondern von einem fremden Herrn. Auch der Vertreter der V. D. St. erkannte damals an, er sei überzeugt, dass die F.W.V. der Sache fernstehe. Dies ist bereits im Jahrgang 1887 der MB. festgestellt. — Herr Ssymank behauptet aber auch nicht ausdrücklich das Gegenteil, drückt sich jedoch so unbestimmt aus, dass jeder Leser zu der irrtümlichen Auffassung des A.H. Dr. Jaffé kommen muss. Dass jene Behauptung die Ehre der F.W.V. antastet, steht doch ausser Zweifel.

Kurt Goldschmidt, F.W.V.

Geschäftliches.

Geschäftliche Sitzung vom 31. Oktober 1910.

Bbr.Bbr. Oppler, Kuznitzky werden inaktiviert.

Aufnahmegesuch des Herrn stud. med. Robert Lesser genehmigt.

Bbr. Kaskel-Heidelberg wird in die Vgg. aufgenommen.

Neuwahl des E.-G.: Die A.H.A.H. Max Levy, Walter Simon, Felix Herz, Plessner, Perls, sowie die Bbr.Bbr. Auerbach, Fuss, Bachstez, Kornik werden einstimmig wiedergewählt.

schule zu Berlin.

ist streng vertraulich!

tor. — Zur Ausgestaltung der Monatsberichte. — Die Wahlen zum Direktorium der Akademischen räparat 606. Seine wissenschaftliche und soziale eranstrengung. — Semester-Programm. II. Hälfte

an den Folgen eines Schlaganfalles

Antrag H. Meyer: F.W.V. möge beschliessen:

I. Für alle Bbr.Bbr. ist in den 2 ersten Semestern ihrer Aktivität in der Vgg. der pünktliche Besuch der Fechtstunden, die regelmässig mindestens einmal wöchentlich stattzufinden haben, offiziell, abgesehen davon, dass sie verpflichtet sind, beim Fechtlehrer sowohl Schläger wie Säbel in je einem Semester nacheinander zu lernen, sowie sie aktiv geworden. Nur auf Grund eines ärztlichen Attestes darf der Vorstand einen Bbr. von dieser Verpflichtung dispensieren.

Dem Fechtwart liegt die unbedingte Durchführung ob. (angenommen).

II. Dem Vorstand wird besonders nahe gelegt, auch über die beiden ersten Semester der Aktivität hinaus rege das Fechten zu betreiben (zurückgezogen).

III. Auf speziellen Antrag eines Bbr. kann der Vorstand in einer Sitzung, bei der der F.-W. beratende Stimme hat, beschliessen, dass die Vereinskasse die Kosten der Fechtkurse des Bbr. trägt (zurückgezogen).

Ausserordentl. Generalversammlung vom 3. November.

Die Bbr.Bbr. Rob. Lesser und Kaskel werden durch den Präsiden verpflichtet.

Antrag Auerbach: F.W.V. beteiligt sich mit eigenen Kandidaten an den Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle (zurückgezogen).

Antrag Heine-Hirschberg: F.W.V. möge beschliessen: F.W.V. beteiligt sich an den diesjährigen Lesehallenwahlen (angenommen.

Antrag Hirschberg: Die Beteiligung erfolgt mit eigenem Kandidaten und eigenem Namen (angenommen),

Antrag H. Schwabach: F.W.V. beteiligt sich nicht an den Lesehallenwahlen (abgelehnt).

Antrag Jacoby: Beantrage: F.W.V. beschliesse, die Vgg. beteiligt sich an der Lesehallenwahl nur, wenn der Ausschussantrag abgelehnt wird (zurückgezogen).

Antrag Kornik: Vgg. möge beschliessen: Die Ausschussvorlage ist von der Kommission sofort einer Durcharbeitung zu unterziehen (angenommen).

In die Agitationskommission werden gewählt: Bbr.Bbr. Hirschberg, Auerbach, Kochmann, Schwabach, Jacoby, Cohn, Futter.

Neuwahl des Vorstandes der F.W.V. Charlottenburg.

[illegible] der Berliner Universität [illegible] solcher Ausschuss bestanden. Wir leugnen durchaus nicht, dass dieser nach unserer heutigen Auffassung keine grossen und bedeutenden Aufgaben gelöst hat. Der Grund dafür lässt sich jetzt kaum noch einwa l-frei feststellen. Damals lagen wohl die Interessen der Studentenschaft in erster Linie auf dem Gebiet äusserer Repräsentation. Aber es ist sehr wohl möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass dieser Ausschuss, entsprechend den veränderten Anschauungen der akademischen Jugend, sich zu dem entwickelt hätte, was wir uns heute unter einem Studenten-Ausschuss vorstellen. Darum ist es bedauerlich, dass infolge der bekannten Vorfälle, die wenig [illegible]r. P. Friedeberger, J. Cohn, B. Saalfeld und Fechner werden durch den Präsiden auf die Satzungen verpflichtet.

Bbr. Futter zum XXXXX gewählt, nimmt an.

Laufende Argelegenheiten.

Personalia.

Adressenveränderungen.

F.W.V. Heidelberg.

Vbr. P. Mayer, München, Maistr. 5.

*Vbr. Backhaus, NW. 52, Paulstr. 2/3 bei Kummer.

*A.H. Baerwald, W. 35, Schöneberger Ufer 33.

F.W.V. Berlin.

A.H. B. Apfel, Cöln, Elisenstr. 15.

A.H. Bauchwitz, Stettin, Am Königstor 8.

*A.H. K. Danziger, W. 50, Regensburgerstr. 14a Amt Wilm. 1357.

A.H. Dresdner, Privatwohnung: Liegnitz, Thebesiusstrasse 12, Fernspr. 898. Bureau: Fernspr. 514.

A.H. Fabian, Gleiwitz, Wilde Kladnitz 5.

A.H. A. Friedmann, Breslau, Schillerstr. 19.

*A.H. G. Friedmann, W. 30, Nollendorffstr. 2.

A.H. Gerstel, Dresden, Lüttichauerstr. 16.

*A.H. Hannes, Charlottenburg 4, Kantstr. 140.

A.H. Nathan, Frankfurt a. M., Bleichstr. 28.

A.H. Mosbacher, Usingen.

*A.H. Samolewitz, Telephon Amt III (4242).

A.H. Stettenheimer, Bureau: Frankfurt a. M., Bethmannstr. 50.

*A.H. M. Tarnowski, W. 30, Martin Lutherstr. 18, Amt VI, 317.

*A.H. Weiss, W. 35, Lützowstr. 56. Amt VI, 17676.

A.H. Wertheim, Hamm i. W., Werlerstr. 10.

A.H. A. Berg, Marienwerder i. Westpr., Wallstr. 15.

*A.H. Michalsohn, N. 4, Gartenstr. 6.

A.H. Otto Wolff, Frankfurt a. O., Fürstenwalder Steinweg 1.

A.H. Rudolf Wolff, Frankfurt a. O., Fürstenwalder Steinweg 1.

Adressenveränderungen betr. die Bbr. Bbr. vergleiche den beiliegenden Nachtrag zum Mitgliederverzeichnis.

Auszeichnungen, Prüfungen, Niederlassungen etc.

A.H. M. Tarnowski hat sich in Berlin als Zahnarzt niedergelassen.

Bbr. Auerbach wurde dem Amtsgericht Crossen a. O. als Referendar überwiesen.

Bbr. Engelmann bestand das Diplom-Ingenieur-Examen.

A.H. Mosbacher ist zurzeit als Referendar am Amtsgericht Usingen beschäftigt.

A.H. C. Hahn ist Leiter der städtischen Schulzahnklinik und Zahnarzt am Augusta Viktoria-Krankenhaus zu Schöneberg.

Bbr. Königsberger bestand die ärztliche Vorprüfung cum laude.

Bbr. Pestachowsky bestand in Stettin die erste juristische Prüfung.

Familiennachrichten.

A.H. Keller verlor seine Mutter durch den Tod.

Arbeitsvermittlungsamt.

Referendar in II. Station gegen gute Vergütung **(150—200 Mark)** bei Anwalt im Ruhrgebiet gesucht.

Sofortige Offerten sind an **A.H. Berthold Apfel, Cöln, Elisen-Str. 15,** zu richten.

Dieser Nummer der Monatsberichte liegt ein Prospekt des Verlags der **Aerztlichen Rundschau** bei, der eine Anzeige der Werke unseres A.H. Dr. Neter enthält.

Die Redaktions-Kommission. I. A.: Referendar Dr. Hans Buka, W. 57, Kurfürstenstr. 27.
Druck von J. S. Preuss, Kgl. Hofbuchdr., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 43.